



Niederschrift zur Sitzung des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten

Sitzungstermin: Mittwoch, den 12.02.2014
Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Sitzungsende: 17:05 Uhr
Ort, Raum: Rathaus - großer Sitzungssaal (Zimmer 203)

Alle Mitglieder des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten wurden gem. § 30 GeschO ordnungsgemäß zur Sitzung geladen.

Entschuldigt bzw. nicht anwesend waren:

Beiratsmitglieder

Helm, Dietmar

Beratende Mitglieder

Cieplik, Traudel

Einschütz, Peter

Geisler, Götz-Uwe Pfarrer

Paulus, Christiane

Vath, Paul

stv. weitere Mitglieder

Weißfloch, Udo

Vertretung für Herrn Vath

Das Gremium (Beirat für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten) war beschlussfähig.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Protokoll der Sitzung des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten
2. Fortschreibung des Armutsberichtes für die Jahre 2011 und 2012
3. Beantwortung des Antrages der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.10.2012 und 05.11.2013 mit Fragen zu den Bereichen Wohnen, Energiebezug, Kinderarmut und Armut im Alter
4. Sachstand Projekt "Dauerhafte Wohnungssicherung (DaWoSi)"
5. Sachstand "Lokales Konzept zur selbständigen Lebensführung im Alter"
6. Neuwahl des Seniorenrates
- 6.1. Anfragen von Frau Stadträtin Lau, FWF, vom 08.02.2014 - Übergangwohnheim Oststr. 112 a, Polizeieinsatz am 04.02.2014 und Wohndauer von Familien
- 6.2. Bericht zum ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten

Protokoll:

Öffentlicher Teil

TOP 1	Protokoll der Sitzung des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten
SP-Nr. 1	Protokollvermerk: Beschluss: Gegen das Protokoll der Sitzung des Beirates für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten vom 13.11.2013 werden keine Einwendungen erhoben. einstimmig beschlossen Ja: 10 Nein: 0 Anwesend: 10

TOP 2	Fortschreibung des Armutsberichtes für die Jahre 2011 und 2012
SP-Nr.	Protokollvermerk: Herr Dr. Roth erläutert die wichtigsten Ergebnisse des Armutsberichts. Insgesamt ist ein Rückgang an leistungsbeziehenden Personen um 8,04 % zu verzeichnen, wobei der Rückgang ausschließlich im Bereich des SGB II statt findet (-13,44 %), wohingegen im Bereich des SGB XII ein Zuwachs von 54,76 % zu verzeichnen ist. Die Auswertung der Statistik für das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) stellte sich als schwierig heraus. Die Fortschreibung enthält auch Beschlüsse und Initiativen der Stadt Fürth zur Verbesserung der Lebenssituation in den Jahren 2005 bis 2012. besonders hervorgehoben werden hier: <ul style="list-style-type: none">- Zuschuss zu Mittagessen in Kindertagesstätten (2008 -2010)- Einschulungszuschuss (2007-2009)- Projekt TANDEM (07/2010-06/2013, verlängert bis 2016)- Mobilitätzuschuss (ab 01/2012 5 € mtl., ab 07/2013 10 € mtl.) Frau Reichert erläutert, dass der größte Schritt die Einführung der Mobilitätstaler darstellte. In Nürnberg wurde ein Runder Tisch zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit mit Vertretern der Arbeitsagentur, Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer und Gewerkschaft gegründet. Das große Thema (auch beim Jobcenter) kann nur mit Hilfe des Handwerks und der Industrie die Qualifizierung sein. Ziel ist es innerhalb von 5 Jahren die Langzeitarbeitslosigkeit um 50 % zu senken. Frau Dittrich regt, nach Dank für den Bericht, an, die Zahlen nach männlich/weiblich aufzuteilen. Frau Bayer-Tersch würde sich die Zahlen auf Seite 11 in tabellarischer Form wünschen. Eine größere Diskussion entwickelte sich zum Bildungs- und Teilhabepaket (BuT). Hierzu berichtet Herr Bürgermeister Braun, dass die Zielsetzung darauf gerichtet ist, möglichst viele zu erreichen. Die Umsetzung erfolgt im Auftrag des Bundes mit detaillierten Vorgaben. Der Aufwand sei sehr hoch und zudem mit statistischen Unsicherheiten verbunden. Jede Kommune würde hier mit unterschiedlichen Zahlen hantieren. Insbesondere die Lernförderung sei mit Hürden verbunden, da eine solche nur in Betracht kommt, wenn die Lehrkraft des Kindes bestätigt, dass die Versetzung gefährdet ist. Eine Lernförderung zum Übertritt in eine höhere Schule ist ausgeschlossen. Seiner Meinung nach sollte die Lernförderung in den Schulen fi-

nanziert werden.

Auch die Förderung des Sports sei vielen nicht bekannt. Hier sollte eine gezielte Ansprache der Kinder/Eltern erfolgen.

Frau Reichert erwähnt, dass die beiden Ämter (Jugendamt und Sozialamt) nunmehr umbenannt wurden in „Amt für Soziales, Wohnen und Seniorenangelegenheiten“ bzw. „Amt für Kinder, Jugendliche und Familien“. Hiermit soll zum Ausdruck gebracht werden für welche Personengruppen in diesen Ämtern gearbeitet wird und nicht nur die klassische Hilfestellung (Sozialhilfe, Jugendhilfe) damit verbunden ist.

Beschluss:

TOP 3 Beantwortung des Antrages der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.10.2012 und 05.11.2013 mit Fragen zu den Bereichen Wohnen, Energiebezug, Kinderarmut und Armut im Alter

SP-Nr. 3

Protokollvermerk:

Der Fragenkatalog der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde, soweit möglich, schriftlich beantwortet. Differenzierungen nach Personengruppen (Frage 3) werden erst mit einer späteren Programmversion möglich sein.

Diskutiert wurden erneut die Stromsperrungen. Es wurde erläutert, dass SGB II und SGB XII-Kunden vergünstigte Strom- und Gaspreise erhalten, wenn ihre monatlichen Abschläge direkt vom Sozialleistungsträger überwiesen werden. Frau Dürr wendet ein, dass es sich hierbei um keine speziellen Vergünstigungen handelt, sondern es sich um den gleichen Tarif handelt, den jeder Privatkunde erhalten kann, der einen Vertrag mit einer Laufzeit von mindestens 12 Monaten mit Einzugsermächtigung abschließt.

Ein weiterer Diskussionspunkt stellte die Frage nach dem Kindergartenbesuch dar. Hier sollte geprüft werden, wie viele Kinder vor der Einschulung keinen Kindergarten besucht haben. Es wurde auch die Frage gestellt, ob es nicht möglich wäre Kinder zumindest 1 Jahr vor Schulbeginn zum Besuch eines Kindergartens zu zwingen. Auch bei der Einschulungsuntersuchung sollte es möglich sein, Kinder mit Sprachproblemen mit der Auflage zurück zustellen einen Kindergarten mit Sprachförderung zu besuchen.

Ebenso sollte in Einrichtungen durchgesetzt werden, dass **alle** Kinder in Ganztagschulen, unabhängig von BuT, einen Anspruch auf Mittagessen erhalten.

Beschluss:

Der Beirat für Sozialhilfe, Sozial- und Seniorenangelegenheiten nimmt die Beantwortung des Antrages der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Fragen zu den Bereichen Wohnen, Energiebezug, Kinderarmut und Armut im Alter durch das Referat für Soziales, Jugend und Kultur zur Kenntnis.

einstimmig beschlossen

Ja: 11 Nein: 0 Anwesend: 11

TOP	Sachstand Projekt "Dauerhafte Wohnungssicherung (DaWoSi)"
4	Protokollvermerk:
SP-Nr.	Herr Hoffmann berichtet über das erfolgreiche Bemühen der Caritas das Projekt „DaWoSi“ für ein weiteres Jahr vom Bayerischen Staatsministerium bezuschusst zu bekommen. Klar wird aber, dass diese Beteiligung nur unter der Voraussetzung gewährt wird, dass die Stadt Fürth dieses Projekt in ihre Regelfinanzierung aufnimmt.
4	Im Amt für Soziales, Wohnen und Seniorenangelegenheiten wird bereits an dem Konzept einer Fachstelle zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit gearbeitet, das die Inhalte des Projekts „DaWoSi“ enthalten wird. Das Konzept wird im Rahmen des Stellenplans zu den Haushaltsberatungen vorgestellt werden.
	Beschluss:
	<ol style="list-style-type: none">1. Der Bericht des Geschäftsführers der Caritas Herrn Hoffmann wird zur Kenntnis genommen.2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zu den Haushaltsberatungen 2015 ein Finanzierungskonzept zur dauerhaften Sicherung des Projektes zu erstellen.
	einstimmig beschlossen Ja: 11 Nein: 0 Anwesend: 11

TOP	Sachstand "Lokales Konzept zur selbständigen Lebensführung im Alter"
5	Protokollvermerk:
SP-Nr.	Frau Werner von der Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung (Afa) stellt das Projekt „Lokales Konzept zur selbständigen Lebensführung“ für den Stadtteil Hardhöhe vor. Zum Inhalt wird auf die beigefügte Anlage verwiesen.
	Der Expertenworkshop findet am 02.04.14 statt.
	Die schriftliche Bürgerbefragung erfolgt im Anschluss an den Expertenworkshop bis Ende Mai. Nach der Auswertung des Fragebogens ist die Bürgerwerkstatt für den 01.07.14 vorgesehen.
	Beschluss:

TOP	Neuwahl des Seniorenrates
6	Protokollvermerk:
SP-Nr.	Beschluss:

TOP 6.1	Anfragen von Frau Stadträtin Lau, FWF, vom 08.02.2014 - Übergangswohnheim Oststr. 112 a, Polizeieinsatz am 04.02.2014 und Wohndauer von Familien
SP-Nr.	Protokollvermerk: Die Fragen von Frau Lau werden mündlich von Herrn Bergsch beantwortet. Eine Kurzzusammenfassung ist als Anlage beigefügt.
	Beschluss:

TOP 6.2	Bericht zum ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten
SP-Nr.	Protokollvermerk: Auf Nachfrage wird berichtet, dass mittlerweile die Planungen dahin gehen, einen hauptamtlichen Behindertenbeauftragten in Teilzeit zu installieren. Ein Konzept wird hierzu erarbeitet und in der nächsten Sitzung des Beirates für Sozialhilfe, Soziales und Seniorenangelegenheiten vorgestellt werden.
	Beschluss:

gez.
Braun
Bürgermeister

Vogelreuther
Protokollführer/in